FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

1 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

Zahl der Vollgeschosse: Bei der Errichtung von Gebäuden und baulichen Anlagen sind max. 2 Vollgeschosse

Vollgeschosse sind Geschosse die vollständig über der natürlichen oder festgelegten Geländeoberfläche liegen und mind. 2/3 ihrer Grundfläche eine Höhe von 2,30 m aufwei-

2 ANZAHL DER WOHNEINHEITEN

Pro Wohngebäude sind max. 2 Wohneinheiten [WE] zulässig.

3 ANPFLANZUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN

Zur Begrünung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen ist je 300 m² Grundstücksfläche mindestens ein heimischer Laubbaum [Hochstamm] wie Acer campestre [Feld-Ahorn], Betula pendula [Sand-Birke], Carpinus betulus [Hainbuche], Juglans regia [Walnuss], Pyrus communis [Holz-Birne], Quercus robur [Stiel-Eiche], Sorbus aucuparia [Eberesche] in der Mindestqualität H, 3x v., mDB., 16-18 sowie Obst- und Nussbäume standorttypischer Lokalsorten und vergleichende Arten in der Qualität H, 2x v., o.B., StU

Zur Ergänzung eignen sich heimische Sträucher wie Cornus sanguinea subsp. sanguinea [Roter Hartriegel], Corylus avellana [Haselnuss], Ligustrum vulgare [Liguster], Lonicera xylosteum [Heckenkirsche], Rosa ssp. [Rosen in Arten], Sambucus nigra [Schwarzer Holunder] und vergleichbare Arten in der Mindestqualität vStr, 4 Triebe, 60 -100. Für die Randeingrünung als Übergang zur freien Landschaft sind ausschließlich standortheimische, autochthone Gehölze [Herkunftsregion: 6.1 Alpenvorland] zu verwenden.

FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

Geltungsbereich der Einbeziehungssatzung

Straßenbegrenzungslinie

Ein-/ Ausfahrt

Grundstücksfläche - Planung

private Verkehrsfläche - Zufahrtsbereich, zur Erschließung der Grundstücke

Einzelgehölz, zu erhalten

Gehölz- und Strauchhecke, zu erhalten

Baum- und Strauchpflanzung - Planung, zur Randeingrünung als Übergang zur freien Landschaft sind ausschließlich standortheimische, autochthone Gehölze zu verwenden.

HINWEISE DURCH PLANZEICHEN

Geltungsbereich der rechtskräftigen Ortsabrundungssatzung "Ortsteil Johannesbrunn"

[nachrichtliche Übernahme des Bayersichen Landesamtes für Denkmalpflege]

[nachrichtliche Übernahme des Bayersichen Landesamtes für Denkmalpflege]

Friedhof

Flurstücksgrenze mit Flurnummer

Gebäudebestand

PLANDARSTELLUNG M 1:2.000



HINWEISE DURCH TEXT

1 BODENSCHUTZ - SCHUTZ DES OBERBODENS, MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN

Bei baulichen und sonstigen Veränderungen des Geländes ist der anfallende Oberboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und so zu sichern, dass er jederzeit zu Kulturzwecken verwendet werden kann. Er ist in seiner gesamten Stärke auszuheben und in Mieten [max. 3,00 m Basisbreite, 1,00 m Kronenbreite, 1,50 m Höhe; bei Flächenlagerung 1,00 m Höhe] zu lagern. Oberbodenlager sind bei einer Lagerdauer von über 6 Monaten mit tiefwurzelnden, winterharten und stark wasserzehrenden Pflanzen [z. B. Luzerne, Lupine] als Gründüngung anzusäen. Eine Befahrung mit Maschinen ist zu unterlassen. Die Vorgaben der DIN 19731 sind zu beachten.

2 DENKMALSCHUTZ

Fl.-Nrn. 1559/8, 1977 Gmkg. Johannesbrunn

Bei Erdarbeiten zu Tage kommende Bodendenkmäler [z. B. Keramik-, Metall- oder Knochenfunde] sind der zuständigen Untere Denkmalschutzbehörde bzw. dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zu melden. Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Auf die entsprechenden Bestimmungen des Art. 8 Abs. 1 und 2 BayDSchG wird ver-

Fl.-Nrn. 1525/7, 1525/9, 1534, 1585/2, 1586, 1587, 1587/2, 1587/3, 1590, 1688, 1808/1, 1818, 1821, 1885, 1894, 1894/4, 1894/5 Gmkg. Johannesbrunn

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7.1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.

NACHBARSCHAFTSRECHT / GRENZABSTÄNDE

Bei allen Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern sind die geltenden Regelungen des AGBGB Art. 47 bis 50 zu beachten und zu angrenzenden benachbarten Flächen nachfolgende Abstände einzuhalten:

— 0,50 m für Gehölze niedriger als 2,00 m Wuchshöhe,

 2,00 m für Gehölze höher als 2,00 m Wuchshöhe. bis zu 4.00 m zu landwirtschaftlichen Nutzflächen für Gehölze höher als 2.00 m.

GRUNDWASSERSCHUTZ

Sofern Grundwasser ansteht sind bauliche Anlagen im Grundwasserbereich fachgerecht gegen drückendes Wasser zu sichern. Die Anzeigepflicht von Grundwasserfreilegungen nach § 49 WHG bzw. die Erlaubnis mit Zulassungsfiktion nach Art. 70 BayWG Für eine schadlose Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser in das

Grundwasser ist die Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) maßgebend. Weiterhin sind die "Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser" (TRENGW) zu beachten.

NIEDERSCHLAGSWASSERBESEITIGUNG

Die Grundstücksentwässerung hat nach DIN 1986-100 in Verbindung mit DIN EN 752 und DIN EN 12056 zu erfolgen. Die Bodenversiegelung im gesamten Planungsbereich ist dabei grundsätzlich auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Zur Aufrechterhaltung der natürlichen Versickerungsfähigkeit sind die Zufahrten und privaten Verkehrsflächen, soweit es die Vorgaben erlauben, versickerungsfähig zu gestalten. Die Art der Entwässerung ist mit den einzelnen Bauanträgen in Form eines Entwässerungsplanes aufzuzeigen. Geeignete Möglichkeiten für Rückhaltevorrichtungen zur Wiederverwertung des Niederschlagswassers bilden auch die Anlage von Teichanlagen und Regenwasserzisternen.

Aufgrund der Geländeneigung kann es bei Starkniederschlägen oder Schneeschmelze zu wild abfließendem Wasser kommen. Dieses darf nicht zum Nachteil Dritter ab- bzw. umgeleitet werden.

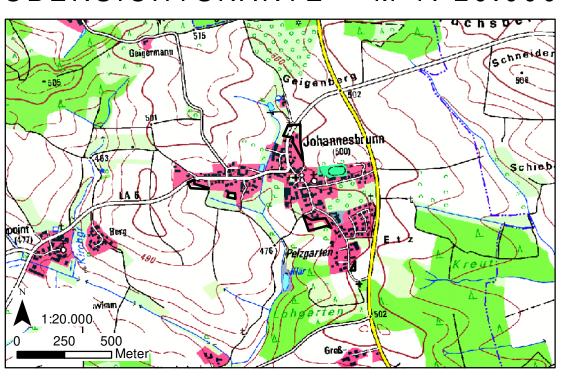
HINWEISE DURCH TEXT

6 LEUCHTMITTEL

Die Verwendung von insektenfreundlichen Leuchtmitteln für Fassaden und Außenanlagen [warmweißen LED-Lampen mit einer Farbtemperatur 2700 bis max. 3000 Kelvin] wird angeraten.

FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung einschließlich Maßnahmenbeschreibung ist der Begründung zur Satzung zu entnehmen. Der detaillierte Ausgleichsflächenplan ist als Anlage 1 der Begründung Bestandteil der Verfahrensunterlagen.

ÜBERSICHTSKARTE M 1: 20.000



VERFAHRENSVERMERKE

Die verfahrensrechtliche Abwicklung der Satzung erfolgt gemäß § 13 BauGB im Vereinfachten Verfahren. Von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird entsprechend § 13 Abs. 3 BauGB in vorliegender Situation abgesehen.

Die Gemeinde hat in der Sitzung vom 01.12.2021 die Aufstellung einer Einbeziehungssatzung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 17.03.2022 ortsüblich bekanntgemacht.

Schalkham, den

Öffentliche Auslegung

Der Entwurf der Satzung i. d. F. vom 09.02.2022 wurde gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 25.03.2022 bis einschließlich 25.04.2022 öffentlich ausgelegt. Es wurde eine Fristverlängerung bis einschließlich 29.04.2022 gewährt.

Schalkham, den

Die Einbeziehungssatzung "Johannesbrunn" i. d. F. vom 06.07.2022 wurde mit Beschluss vom 06.07.2022 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB und Art. 81 BayBO als Satzung beschlossen.

Schalkham, den

Nach Abschluss des Planaufstellungsverfahrens ausgefertigt.

Schalkham, den

Die Einbeziehungssatzung "Johannesbrunn" i. d. F. vom 06.07.2022 wurde am 11.08.2022 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht. Die Änderung tritt damit in Kraft. Auf die Rechtsfolgen

der §§ 44 Abs. 3/4, 214 und 215 BauGB wird hingewiesen.

1. Bürgermeister

EINBEZIEHUNGSSATZUNG **JOHANNESBRUNN**

GEMEINDE LANDKREIS REGIERUNGSBEZIRK

SCHALKHAM LANDSHUT **NIEDERBAYERN**

Präambel:

Die Gemeinde Schalkham erlässt aufgrund des § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 i.V.m. den §§ 3, 10 Abs. 2 und 3 und 13 Abs. 2 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBI. I, S. 3634) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 26.04.2022 (BGBI. I, S. 674), Art. 81 der Bayerischen Baucordnung (BAUGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBI S. 588, BayRS 2132-1-I) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.05.2021 (GVBI. S. 286), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI I S. 3786) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetztes vom 14.06.2021 (BGBI. I S. 1802), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) vom 22.08.1998 (GVBI. S. 796, BayRS 2020-1-1-I) zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 09.03.2021 (GVBI. S. 74) und der Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBI 1991 I S. 58) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.06.2021 (BGBI I 1802) folgende Einbeziehungssatzung:

Die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles Johannesbrunn werden gemäß des vom Ingenieurbüro Komplan, Leukstraße 3, 84028 Landshut ausgearbeiteten Entwurfes nebst Begründung vom 06.07.2022 i. d. F. vom 06.07.2022 im Maßstab 1:2.000 festgelegt. Die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles werden durch die Innenkante der Begrenzungslinie markiert.

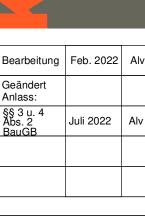
§ 2
Innerhalb der in § 1 festgelegten Grenzen der Einbeziehungssatzung "Johannesbrunn" richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben (§ 29 BauGB), nach den in der Satzung enthaltenen Festsetzungen und im weiteren nach § 34 BauGB. Soweit für ein Gebiet gemäß des nach § 1 festgelegten Innenbereiches ein rechtsverbindlicher qualifizierter Bebauungsplan nach Inkrafttreten dieser Satzung aufgestellt und bekannt gemacht wird, richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit nach § 30 BauGB.

§ 3
Die Einbeziehungssatzung "Johannesbrunn" mit Begründung vom 06.07.2022 i. d. F. vom Schalkham, den

1. Bürgermeister

Planung Ingenieurbüro für kommunale Planunger Leukstraße 3 84028 Landshut Fon 0871/974087-0 Fax 0871/974087-29 E-Mail info@komplan-landshut.de Dipl. Ing. (FH) D. Maroski F. Bauer Verwaltungsgemeinschaft Gerzen Planungsträger Gemeinde Schalkham

Rathausplatz 1 84175 Gerzen Plandarstellung M 1:2.000 Maßstab Übersichtskarte M 1:20.000 06.07.2022



21-1317 OAS

Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung Darstellung der Flurkarte als Eigentumsnachweis nicht geeignet.

Schalkham, den